

## **Erklärung der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)**

### **zum Erhalt der Kreisfreiheit der Städte Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel, Cottbus und Potsdam**

Die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel, Cottbus und Potsdam haben in den letzten 25 Jahren wichtige soziale, kulturelle und wirtschaftliche Impulse für die Entwicklung unseres gesamten Landes Brandenburg gesetzt. Besonders in den berlinfernen Räumen haben sie sich zu einem wichtigen und erfolgreichen Charakteristikum für das Profil unseres Landes entwickelt und stiften unmittelbare Identität und Heimat für ca. 400.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Wie schon bisher, so stehen das Land Brandenburg und seine kreisfreien Städte auch zukünftig vor Herausforderungen, die es gemeinsam zu bewältigen gilt: Die auslaufende Sonderfinanzierung der Deutschen Einheit, der demographische Wandel sowie die disparate Entwicklung zwischen dem Ballungsraum Berlin und den berlinfernen Regionen unseres Flächenlands erfordern kluge und überlegte Entscheidungen für eine erfolgreiche Entwicklung unseres gesamten Landes.

Als Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) sind wir überzeugt, dass die kreisfreien Städte dazu einen entscheidenden und positiven Entwicklungsbeitrag leisten können. Bereits bei der ersten Kreisgebietsreform wurde die Grundentscheidung getroffen, die oberzentralen Versorgungsfunktionen für die Bürgerinnen und Bürger durch die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel, Cottbus und Potsdam wahrzunehmen. Diese Grundentscheidung hat sich als richtig erwiesen: In einem historisch beispiellosen Ausmaß gesellschaftlichen Wandels haben die kreisfreien Städte in den letzten 25 Jahren den Wiederaufbau der Innenstädte, die Sanierung historischer Bausubstanz, die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die soziale Absicherung hilfebedürftiger Menschen und die Entwicklung von Zukunftschancen für die nächsten Generationen erfolgreich in Angriff genommen und über ihre Stadtgrenzen hinaus jeweils als Motor einer ganzen Region gestaltet.

Darüber hinaus haben die kreisfreien Städte eine wichtige Ankerfunktion im Land Brandenburg. Deshalb arbeiten sie bereits heute an der strukturierten Bewältigung der Herausforderungen von morgen: Frankfurt (Oder) hat im Mai dieses Jahres das Integrierte Stadtentwicklungskonzept für den Zeitraum 2014-2025 beschlossen und damit den Kurs bestimmt für die weitere bedarfsgerechte Modernisierung der städtischen Infrastruktur, der gleichzeitig Raum bietet, um neue Entwicklungsimpulse zu setzen.

Aufgrund seiner Rolle als kreisfreies Oberzentrum hält Frankfurt (Oder) Kapazitäten und Angebote in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. Bildung, Kultur, Sport, Freizeit, Gesundheit, Soziales und Wirtschaft vor, die nicht nur von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, sondern von den Menschen aus den umliegenden Landkreisen Oder-Spree und Märkisch-Oderland in Anspruch genommen werden. Dazu zählten im Jahr 2013 unter anderem ca. 12.900 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, welche als Einpendler die Stadt Frankfurt (Oder) täglich besuchen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen.

Im Ergebnis seiner eigenständigen Wirtschaftspolitik hat sich Frankfurt in den zurückliegenden Jahren zu einem dynamischen und international ausgerichteten Standort entwickelt, der nicht nur über eine hervorragende Verkehrsanbindung verfügt, sondern auch eine vielfältige Forschungs- und Entwicklungslandschaft sowie flexible Finanzierungsinstrumente für Unternehmen. Die positiven Wirkungen der Ansiedlungspolitik der Stadt Frankfurt sind zuletzt bei der Eröffnung des EastGate-Terminals deutlich geworden.

Als Vorreiterin für die deutsch-polnische Zusammenarbeit entlang von Oder und Neiße unterhält unsere Stadt das Frankfurt-Słubicer Kooperationszentrum, durch welches derzeit die Umsetzung des Frankfurt-Słubicer Handlungsplans für den Zeitraum 2010-2020 koordiniert wird. Hierbei sind sowohl alle Politikbereiche als auch die Stadtverwaltung, städtische Unternehmen sowie die Zivilgesellschaft einbezogen. Parallel hierzu läuft die Prüfung, in welchen Bereichen und in welchem Umfang künftig die kommunale Infrastruktur diesseits und jenseits der Oder gemeinsam genutzt werden kann.

Auch im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt Frankfurt eine Schlüsselposition ein. Als wirtschaftlicher Knotenpunkt in der Region bildet die Stadt auch das Verkehrszentrum. Die Bereitstellung eines qualitativ und quantitativ hochwertigen Öffentlichen Personennahverkehrs innerhalb des Stadtgebiets und für die Umlandgemeinden ist ein wichtiger Standortfaktor. Gleiches gilt für die Bahnanbindung Frankfurts in Richtung Berlin, Poznań und Zielona Góra.

Das alles erforderte große gemeinsame Anstrengungen, bei der die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) ein „Antriebsmotor“ war und auch weiterhin für die Region sein soll. Als kreisfreie Stadt können die Oberzentren ihre Funktion als kraftvoller Motor der Entwicklung weiter entfalten und tragen sie auch zu einer ausgewogenen Balance zwischen den Landkreisen und den Städten unseres Landes bei. Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hat Verantwortung als Oberzentrum gezeigt und wird diese auch weiterhin übernehmen. Sie hat viele Leistungen für die Region trotz der eigenen komplizierten Haushaltslage und unzureichender Finanzausstattung erbracht. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Enquete-Kommission 5/2 des Landtages Brandenburg zur angespannten Finanzsituation der Städte und Gemeinden feststellte, dass diese im Wesentlichen durch die stets ansteigenden Sozialleistungen verursacht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) teilt diese Feststellung der Enquete-Kommission und ist der Überzeugung, dass eine Einkreisung diese finanziellen Defizite nicht beseitigen, sondern allenfalls nur zu Lasten der Städte und Gemeinden des aufnehmenden Landkreises umverteilen wird. Verwaltungsstrukturen müssen von den Bürgerinnen und Bürgern her gedacht werden, gute Erreichbarkeit gewährleisten und kommunale Leistungen effizient, in guter Qualität und bürgernah sicherstellen. Nach unserer Einschätzung wird bei einer Einkreisung die finanzielle Belastung erhöht. Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) unterstützt daher ausdrücklich die Empfehlung der Enquete-Kommission 5/2:

*„Die EK 5/2 empfiehlt, im Anschluss an die Anhörung der Oberbürgermeister eine vertiefte und zielgerichtete Prüfung, ob eine Einkreisung von kreisfreien Städten bei Erhalt und Stärkung der Funktion als Oberzentrum vorgenommen werden soll. Hierbei sollen insbesondere die finanziellen Auswirkungen einer Einkreisungsentscheidung geprüft werden.“*

Wir halten es demokratisch mindestens für geboten, dass in diese Prüfung die Erfahrungen und Erkenntnisse der kreisfreien Städte, ihrer Oberbürgermeister und gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunalparlamenten mit einbezogen werden und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird. In diese Leitbilddiskussion sind neben den Vorgenannten auch die kommunalen Spitzenverbände, die Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände einzubeziehen sowie die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und angemessen zu beteiligen.

Vor einer Entscheidung zu einer Kreisgebietsreform ist zudem ein tatsächlich ergebnisoffener Dialog über ein Leitbild zu führen und die Frage der Aufgabenwahrnehmung auf allen und für alle Ebenen unseres Landes zu diskutieren. Auch unser Land Brandenburg braucht einen mit den Bürgerinnen und Bürgern demokratisch entwickelten Masterplan.

Frankfurt (Oder), den 11.12.2014

Wolfgang Neumann  
Vorsitzender Stadtverordnetenversammlung  
Frankfurt (Oder)

Dr. Martin Wilke  
Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)

René Wilke  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Ulrich Junghanns  
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Tilo Winkler  
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Wilko Möller  
Vorsitzender der Fraktion Alternative für Deutschland

Wolfgang Mücke  
Vorsitzender der Fraktion FDP/BI Stadtumbau